hier jedenfalls nicht das Geringste zu bemerken.

Ironisch muß es aber auch wirken, wenn bei den hohen Gehältern erklärt wird: dafür müßten die höheren Beamten ja auch bedeutend höhere Hundertsätze der Einkommensteuer bezahlen. Gemach, meine Herren! das ist nicht wahr! Wenn ich von einer kleineren Summe eine kleinere Steuer zahle, so zahle ich faktisch mehr Steuer, als wenn ich von einer größeren Summe eine größere Steuer zahle (Zuruf beim Zentrum). Das ist wahr! Und es trifft nicht nur bei der direkten Besteuerung zu, sondern noch viel mehr bei der indirekten Besteuerung.

Der Herr Minister, der 120 000 M. direkt versteuert, kann damit rechnen, daß er jedenfalls diese 120 000 M. nicht restlos verzehrt und darum sie nicht restlos der indirekten Besteuerung unterwirft. Aber die in Ihrer Gehaltsskala aufgeführten Gehälter der unteren Beamten werden restlos verzehrt werden, ja sie werden nicht einmal reichen, sie werden bis zum letzten Pfennig der indirekten Besteuerung unterworfen sein. Infolgedessen ergibt sich nicht, daß die höheren Beamten mehr Steuern bezahlen, sondern daß faktisch die niederen Beamten, trotz ihrer niederen Gehälter noch höhere Steuern bezahlen, als die höheren Beamten, und zwar direkt wie indirekt. Man muß diese Begründung der Regierungsvorlage fast wie einen Witz betrachten. Das praktische Leben zeigt doch jedem, daß die Dinge eben nicht so sind, daß die höher Bezahlten höher besteuert werden, sondern das praktische Leben zeigt heute, daß der Mann, der am allermeisten einnimmt, letzten Endes am allerwenigsten an Steuern bezahlt. Wir werden ja bei der Behandlung der verschiedenen Steueranträge im Hause Gelegenheit finden, auf diese Materie näher einzugehen.

Nach unserer Überzeugung trägt dieses Gesetz genau den Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft, und zwar außerordentlich schön ausgeprägt. Und in Ihrer Begründung steht auch der Zweck, weshalb der Klassencharakter hier aufrecht erhalten wurde. Es heißt hier, daß das Reich voraussetzt, daß, wenn eine Regelung getroffen ist, die den Zweck hat, eine größere Spannung zwischen den einzelnen Gruppen herbeizuführen, man dann nicht gleichzeitig eine Maßnahme verlangen könne, die diese Spannung aufhebe und wieder eine Annäherung herbeiführe. Es war also von der Reichsregierung auch bei der Besoldungsordnung von vornherein vorgesehen, daß man eine Spannung eintreten lassen will.

Mir ist bisher nicht recht bewußt geworden, wie man in der heutigen Zeit diese Spannung verteidigen kann. Hier im Hause habe ich es aber gehört. Der Berichterstatter erklärte nämlich, daß bei den höheren Beamten auf eine standesgemäße Lebenshaltung insofern Rücksicht genommen werden müsse, als die Söhne der höheren Beamten sich in der Regel ein akademisches Studium und eine akademische Laufbahn zu wählen pflegen (Abg. Dr. Baumgartner: Das habe ich nicht behauptet!). Ich werde das im Stenogramm nachlesen und werde Ihnen die Dinge dann zitieren. Jedenfalls haben Sie begründet, daß mit niedrigen Sätzen es nicht möglich sein werde, das akademische Studium der Kinder, der Familienmitglieder aufrecht zu erhalten. Wenn nun die Forderung erhoben wird, daß nach der Theorie von der „freien Bahn dem Tüchtigen!" für die Söhne der höheren Beamten Universitätsbildung die in Betracht kommende Bildung ist, so dürfte man ja eigentlich auf der anderen Seite verlangen, daß nach der von Ihnen proklamierten politischen Gleichberechtigung diese Bildungsmöglichkeit jedem fähigen Bürger des Volkes zustehen müßte (Zuruf vom Zentrum: Selbstverständlich!). Ja, aber Sie werden eine Schlosserlehre durchmachen zu lassen. (Zuruf vom Zentrum.) Das Lehrgeld kann ein unterer Beamter von dem Gehalt nicht bezahlen und er kann seinen Sohn nicht drei oder vier Jahre lang unterhalten. Davon kann doch keine Rede sein. Mit anderen Worten: Bei diesen Gehältern können die unteren Beamten überhaupt nicht damit rechnen, daß sie ihren Kindern irgend welche Ausbildung geben können. Sie werden weder sich selbst noch ihren Kindern die Ernährung sichern, noch ihren Kindern eine Ausbildung geben können.

Nun mag es ja bei Ihrer heutigen Gesellschaftsordnung etwas durchaus richtiges und selbstverständliches sein nach der Theorie vom Herrn und Knecht, daß man unten sich bescheidet und daß man oben die Privilegien erhält. Ich glaube aber nicht, daß die unteren Beamten sich grundsätzlich mit dieser Regelung abfinden werden, und sie werden vermutlich mit den übrigen unteren Massen eines Tages das verkörpern, was hier bei der Eröffnung des Landtags als eine nahestehende Katastrophe so mit erwähnt wurde. (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.) Ich glaube, daß die nahende Katastrophe diese „Gleichheit", die sich in dieser Vorlage ausdrückt, ganz erheblich revidieren wird (Abg. Unger: Sehr richtig!).

Dann lese ich in der Begründung, daß man darauf Rücksicht nehmen müsse, daß die besseren Kräfte dem Staatsdienst erhalten werden müßten. Das mag von Ihrem Standpunkt aus etwas außerordentlich Notwendiges sein. Ich darf Ihnen ehrlich sagen: Wir geben Ihnen alle Geheimräte für ein paar Arbeiterräte! (Zuruf vom Zentrum: Und Sie mit!). Wir verzichten auf diese besseren Kräfte ohne weiteres und auch auf die Herren Minister, wir geben sie oben drein! (Große Heiterkeit. — Zurufe. — Finanzminister Köhler: Danke!) Bitte!

Unsere heutigen Arbeitersekretäre sind unter Umständen sehr nützliche Menschen in Ihrer Gesellschaft, um entgegen den Leuten, die das Christentum praktisch vertreten und verwirklichen sollten, so ein klein bißchen von der Gerechtigkeit durch Zwang nachzuholen. Jedenfalls ist unter Umständen ein Arbeitersekretär sogar dann noch gut zu brauchen, wenn ein Minister unter Umständen schon gar nicht zu gebrauchen ist. (Lachen.) Wir werden jedenfalls auf dieses Kapitel ja auch noch kommen.

Wir haben uns heute begnügt, gegen die Regierung zu stimmen. Bei ihrer Programmerklärung werden wir erklären, warum das Kabinett unseren Dank sich wirklich nicht verdient hat. Wir würden also in diesem Fall auch nicht hemmend einwirken, wenn diese Leute, denen wir nichts zu danken haben, wenn diese teuren „besseren Kräfte" dem Vaterland nicht erhalten würden. Da hätten wir durchaus nichts dagegen einzuwenden.

Aber die unteren Kräfte scheinen mir diejenigen zu sein, die man schon weniger entbehren kann, die man vielleicht überhaupt nicht entbehren kann. Wenn den unteren Kräften, den Massen die Lebensmöglichkeit überhaupt genommen wird, so ist vorauszusehen, daß dann die höheren und die besseren Kräfte überhaupt keine Gelegenheit mehr bekommen werden, sich zu betätigen. Darauf sollten Sie vielleicht sogar eine gewisse Rücksicht nehmen. Wenn man unten die Existenzmöglichkeit nimmt, so ist die Pyramide bekanntlich oben in keiner Weise gesichert.

Jedenfalls können wir uns auf dieses Besoldungsgesetz nicht festlegen. Wir können uns nicht auf den Standpunkt der Sozialdemokratie stellen: weil man das Gesetz ablehnen